

## Haushalt und Finanzen 2019



**Rede des Vorsitzenden der UWG-Kreistagsfraktion, Heinz Jürgen Lunemann, anlässlich der Verabschiedung des Kreishaushaltes 2019 am 12. Dezember 2018**  
*(Redemanuskript, es gilt das gesprochene Wort!)*

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Schulze Pellengahr,  
werte Kreistagskolleginnen und -kollegen,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Boden ist gut vorbereitet, denn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen und haben einen großen Vorteil für den Kreis Coesfeld gebracht. Man kann davon ausgehen, dass die Unternehmen und hier lebenden Menschen sich wohl fühlen. Wir haben hier seit langem die niedrigste Arbeitslosenzahl, derzeit 2,3 %, in ganz NRW. Wir sind auf einem guten Weg, aber für die UWG Fraktion ist es wünschenswert, dass die Quote noch weiter nach unten geht. Wenn man sich mit Firmeneinhabern unterhält, hört man in diesen Tagen, wir würden ja gerne noch mehr einstellen, aber die Fachkräfte fehlen. Wir sind überzeugt, dass die gute, bisherige Arbeit des Jobcenters, unserer Städte und Gemeinden, unserer Verwaltung, insbesondere der Wirtschaftsförderung, den positiven Trend fortsetzen werden.

Jetzt möchte ich aber zum Haushalt 2019 kommen. Wie in den letzten Jahren ist uns ein Zahlenwerk vorgelegt worden, das verständlich und nachvollziehbar ist.

Ich möchte dem Kreisdirektor mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein Kompliment aussprechen.

Wir sind zwar nicht mit allen Zahlen, die veranschlagt wurden, einverstanden, aber dazu später noch einige Anmerkungen.

Wenn man sich die Modellrechnung zum GFG ansieht, werden unsere Städte und Gemeinden höhere Schlüsselzuweisungen erhalten. Ebenso werden dort die Steuereinnahmen steigen. Wir im Kreis senken nochmals die Kreisumlage und die Jugendamtszulage. Damit können wir in ganz NRW uns sehen lassen und kommen unseren Städten und Gemeinden finanziell entgegen.

Wie bereits im letzten Jahr sehen wir kritisch die Landschaftsverbandsumlage.

Auch wenn sie um 0,25% gesenkt werden sollte, zahlen wir immer noch knapp 50 Millionen €. Dies sind 7,5 % des Gesamtbetrages. Der LWL erbringt gerade im sozialen Bereich gute Leistungen, jedoch dann sollte an anderer Stelle nachgedacht und entschieden werden, wie eine bessere Finanzierung zur Entlastung beitragen könnte.

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass eine Weitergabe bei einer Senkung der Landschaftsumlage an die Städte und Kommunen erfolgt.

Ein weiteres Problem bringt das „Zweite Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements“ mit. Auf der einen Seite ist der Haushalt 2019 nach aktuellem Recht aufzustellen, aber nach irgendwelchen Regelungen (neues Recht) auszuführen. Hier bleibt eine Entscheidung des Landtages abzuwarten.

Uns hat es schon überrascht, dass weitere Kosten für die Herrichtung von zusätzlichen Archivräumen und der Redundanzleitstelle anfallen werden. Wir hoffen, dass eine zusätzliche Kostensteigerung damit entfällt.

Weiterhin wird von uns ein weiterer Ausbau neuer Gruppen und Kindertages-einrichtungen unterstützt. Bezüglich einer Veränderung der Beitragszahlungen sollte das neue KIBIZ abgewartet werden. Hier sollte der Solidargemeinschaftssinn weiterhin aufrechterhalten werden.

Wir von der UWG fordern auch weiterhin evtl. Veränderungen der Öffnungszeiten in den Kitas zur Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf.

Mit den Trägern der Einrichtungen sollten mögliche Veränderungen besprochen werden.

In nicht geringster Weise können wir eine erneute Veränderung des UVG-Gesetzes zum 01.07.2019 verstehen. Neuanträge sollen dann zentral von den Finanzbehörden bearbeitet werden. Hier kann man nur sagen, die Leidtragenden sind die Antragsteller.

Wir begrüßen es, dass eine Mehrbelastung durch die Jugendamtsumlage nicht vorgesehen ist, sondern eine Senkung des Hebesatzes. Wir können die Kritik der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nachvollziehen, dass ein enormer Überschuss jährlich entsteht, der erst im übernächsten Jahr zur Auszahlung kommt. Hier fordern wir sie auf, Herr Landrat, dass sie eine einvernehmliche Lösung herbeiführen.

Breiten Raum nahm bei unserer Klausurtagung die Änderung des Rettungsbedarfsplanes ein.

Der Handlungsbedarf über die Fortschreibung der Rettungsbedarfsplanung war überfällig. Die Hilfsfrist von 12 Min. in der Notfallrettung für Einsätze wurde mit 88,59 % anstatt mit 90 % nicht erreicht. In zwei Kommunen wurde die Hilfsfrist mit 86 % bzw. 87 % verfehlt. Dies mag an Baumaßnahmen, andere Einsätze usw. liegen. Kopfschmerzen bereiten uns die Randgebiete wie Rosendahl, Senden, Herbern, Capelle, Südkirchen und Olfen. Wir können uns nicht immer auf andere Rettungswachen außerhalb des Kreisgebietes verlassen,

da auch diese an ihre Kapazitätsgrenzen gekommen sind.

Wir begrüßen die Aufstockung des Personals und der Rettungsmittel. Auch tragen wir die Erweiterungs- und Neubauten mit. Zusätzlich fordern wir die Randgebiete, wie vorher aufgeführt, in geeigneten Zeitabständen zu überprüfen,

damit bei Bedarf sofort eingeschritten werden kann.

Einen weiteren Schwerpunkt sehen wir im bezahlbaren Wohnungsbau. Hierzu sollte die Verwaltung über ein gemeinsames Modell mit unseren Städten und Gemeinden beraten.

Die Maßnahmen im Straßenbau, Radwegebau, ÖPNV, Bereich Klima und Schule werden von uns mitgetragen.

Dem vorgelegten Entwurf für 2019 mit seinen Änderungen und der Stellenplan wird seitens der UWG-Kreistagsfraktion zugestimmt.

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Schulze Pellengahr, sehr geehrter Herr Kreisdirektor Gilbeau, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung, die Fraktion möchte sich bei Ihnen für die geleistete Arbeit in 2018 bedanken. Manche Überstunde war erforderlich, aber sie haben ein gutes Ergebnis hinbekommen.

Die Fraktion möchte sich auch bei allen Ehrenamtlichen bedanken, denn ohne ihren unermüdlichen Einsatz würden wir dies nicht leisten können.

Zum guten Schluss sage ich „Danke“ bei allen Parteien für die konstruktive Zusammenarbeit im Jahr 2018.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, eine besinnliche Weihnachtszeit und einen erfolgreichen und gesunden Start ins neue Jahr 2019.

- - -